



Deutscher Gerichtsvollzieher Bund e.V (DGVB)

Fair. Konsequenz. Erfolgreich.

Mitglied der Union Internationale des
Huissiers de Justice et Officiers Judiciaires
(UIHJ)

und der Union Européenne des Huissiers
des Justice (UEHJ)

Mitglied im dbb beamtenbund und
tarifunion

Bundesjustizministerin
Dr. Stefanie Hubig

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 103 A, 10585 Berlin

Internet: www.dgvb.de / e-mail: bundesvorstand@dgvb.de

Bundesvorsitzender
Matthias Boek
Tel.: 030 34781350
Mobil: 0171 7883918
bundesvorsitzender@dgvb.de
stellv. Bundesvorsitzender
Thomas Hannß
Mobil: 0157 51459173
stvbundesvorsitzender@dgvb.de
stellv. Bundesvorsitzende
Kathleen Paul
Mobil: 0175 1280151
bundesvorstand@dgvb.de
stellv. Bundesvorsitzender
Torsten Weber
Mobil: 0177 6014123
bundesschatzmeister@dgvb.de

Berlin, 26.11.2025

Offener Brief des Deutschen Gerichtsvollzieher Bund e.V. an die Bundesministerin der Justiz

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Dr. Hubig,

mit tiefster Betroffenheit und großer Bestürzung wenden wir uns heute an Sie. Der Deutsche Gerichtsvollzieher Bund trauert um einen Kollegen, der im Saarland während der Ausübung seines Dienstes auf tragische und gewaltsame Weise ums Leben gekommen ist. Dieses Verbrechen hat nicht nur seine Familie und Freunde erschüttert, sondern die gesamte Gerichtsvollziehergemeinschaft im Kern getroffen.

Täglich übernehmen Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher staatliche Aufgaben, die für den Rechtsstaat unverzichtbar sind – oft unter schwierigen und konflikträchtigen Bedingungen. Wir begegnen Menschen in emotional belastenden Situationen, betreten unbekannte Umgebungen und müssen Entscheidungen des Rechtsstaates durchsetzen, auch wenn diese auf Widerstand stoßen. Gewaltandrohungen, Übergriffe und gefährliche Einsatzlagen gehören leider schon sehr lange zu unserer Realität.

Der jüngste Vorfall zeigt jedoch in schockierender Deutlichkeit, dass die Gewaltbereitschaft weiterhin anhaltend hoch ist und die Hemmschwelle für den Einsatz dieser Gewalt immer niedriger wird. Er macht klar, dass entschlossenes politisches Handeln jetzt notwendig ist.

Wir fordern daher:

1. Wirksame Schutzmaßnahmen für Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher, einschließlich einer realitätsgerechten Sicherheitsausstattung sowie eine zeitgemäße und höherwertige Ausbildung nach bundeseinheitlichen Standards, die unsere Kollegen bestens auf ihren dienstlichen Alltag vorbereitet.
2. Eine bundesweit einheitliche und systematische Erfassung aller Gewaltvorfälle gegen Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher, um das tatsächliche Ausmaß der Gefahren sichtbar zu machen und fundierte Maßnahmen ableiten zu können.
3. Ein gemeinsames Vorgehen von Bund, Ländern und den Berufsverbänden, um nachhaltige Strategien zur Prävention von Gewalt im Vollstreckungsdienst zu entwickeln und umzusetzen. Dazu gehört auch der Schutz der Privatsphäre der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher und ihrer Familien, beispielsweise durch die Möglichkeit der Einrichtung von präventiven Auskunftssperren aus dem Melderegister.

Es ist unsere gemeinsame Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Menschen, die täglich im Auftrag des Rechtsstaats handeln, bestmöglich geschützt werden. Der schreckliche Verlust unseres Kollegen darf nicht folgenlos bleiben.

Wir bitten Sie daher nachdrücklich, sich dieser drängenden Problematik persönlich anzunehmen und die notwendigen Schritte in die Wege zu leiten. Der Deutsche Gerichtsvollzieher Bund steht Ihnen für Gespräche, Expertise und die Entwicklung konkreter Maßnahmen jederzeit zur Verfügung.

In stillem Gedenken und mit der Hoffnung auf entschlossenes politisches Handeln

Der Deutsche Gerichtsvollzieher Bund
Matthias Boek
Bundesvorsitzender